DIE LINKE. im Rat

Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal — Nr. 50 · April 2022

INHALT

SEITE 2

- Nein zum Krieg, nein zum Völkerrechtsbruch durch Russland, für Deeskalation und Abrüstung
- Lasst die Menschen in Wuppertal zu Leuchttürmen werden!
- Stadt braucht kein drittes Rathaus
- Städtischer Haushalt unter Druck Kein geeigneter Zeitpunkt, um sich vom Kämmerer zu trennen
- Pallas Athene eingelagert

SEITE 3

- Veränderung fängt in der Lokalpolitik an
- Osterholz – Der Kampf geht weiter
- Bürgerantrag von Fridays for Future
- Zu wenig Sitzmöglichkeiten – Ohne Verzehrzwang

Erfolg für die Bürgerinitiative „BuGa – So nicht“

Liebe Leser*innen,

„Es ist in der Tat nicht viel Geld da, und zwar bei den Kommunen. Auf Schritt und Tritt, im wahrsten Sinne des Wortes, erfahren wir die Finanznot unserer Stadt. Wer mit dem Auto oder Bus fährt bemerkt schnell die starke Beanspruchung der Wirbelsäule wegen der vielen Schlaglöcher; zu Fuß erfährt man, dass viele der öffentlichen Treppen, für die Wuppertal aufgrund seiner Topographie einmal berühmt war, gesperrt sind, weil sie aus Kostengründen nicht repariert werden können; so werden den Bürgern lästige und eigentlich unnötige Umwege abverlangt, für deren Vermeidung diese Treppen ja eigentlich einmal gebaut worden sind. Dies ist ein Beleg dafür, dass Bundes- und Kommunalpolitik eng verzahnt sind.“

Diese Worte richteten wir mit unserer ersten Ausgabe der Fraktionszeitung DIE LINKE im Rat an die Wuppertaler*innen.

Heute halten Sie die 50. Ausgabe in Ihren Händen. Seit nunmehr 17 Jahren informieren wir Sie über die kommunalpolitische Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Rat.

Auch in dieser Ausgabe werden Sie wieder Themen finden, die in den vergangenen Jahren nichts an ihrer Aktualität verloren haben.

Noch immer müssen sich die Kommunen beim Bund für eine auskömmliche Finanzierung einsetzten. Noch immer ist der kommunale Haushalt kaum in der Lage, mehr als die rechtlich geforderten Leistungen für die Wuppertaler*innen zu erbringen.

Die Einschränkungen und Kürzungen der vergangenen Jahre sind auch heute noch spürbar. Der Personalabbau bei der Stadt führt immer wieder zu Problemen, sei es bei Dienstleistungen, wie der Meldebehörde, der ARGE, Verkehrs- oder Ausländeramt.

Auch die ständig steigende Armut kann ohne ausreichende finanzielle Mittel nicht ausreichend bekämpft werden. Wichtige Hilfsangebote, wie die der Freien Träger, sind unterfinanziert. Noch immer ist auch in Wuppertal jedes dritte Kind von Armut betroffen und auch die Altersarmut wächst.

Die Klimakatastrophe, Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine belasten nicht nur jede Einzelne emotional und mit steigenden Preisen, sondern auch die städtischen Finanzen sind betroffen.

Der Wuppertaler Haushalt ist auf Kante genäht. Für Extras wie die Ausrichtung einer Bundesgartenschau ist kein Geld vorhanden. Selbst der Kämmerer warnte vor diesen Ausgaben und stellte dafür kein Geld in den noch zu beschließenden Haushalt 2022/23 ein.

Besonders die Anpassung der Stadt an die Klimakatastrophe und die damit einhergehende unumgängliche Verkehrswende sind die Themen, mit denen wir Kommunalpolitiker*innen uns weiter verstärkt beschäftigen müssen. Auch in dieser Stadt geht es um einen sozial-ökologischen Wandel, für den wir uns als Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE weiter einsetzen wollen.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Herhaus
Fraktionsvorsitzende

Gerd-Peter Zielezinski

Impressum:
Herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal,
Rathaus, Zi. 312, Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal, Tel. und Fax: 0202 563-6677
www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de | E-Mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe: Ursula Albel, Georg Dieker Brennecke, Yasmina Fahchouch, Kirsten Gerhards, Furkan-Emre Kocalan, Susanne Herhaus, Salvador Oberhaus, Sebastian Schröder, Heinz-Georg Zehnpfennig, Gerd-Peter Zielezinski
Redaktionsschluss: 7. April 2022
Druck: Rheinisch-Bergische Verlagsgesellschaft mbH
Auflage: 170.000 – Die Abgabe erfolgt kostenlos.

DIE LINKE. im Rat der Stadt Wuppertal

14454 Stimmen für das Bürgerbegehren

Erreicht wurde der Bürgerentscheid durch die Bürgerinitiative ***Buga so nicht!*** Der Rat der Stadt hat das Bürgerbegehren anerkannt und Sonntag, den 29. Mai 2022 als Tag des Bürgerentscheids in Sachen „Bewerbung um die Durchführung der Bundesgartenschau 2031 in Wuppertal (BUGA 2031)“ festgelegt.

Zuvor bekommen alle wahlberechtigten Wuppertaler*innen ab 16 Jahren Anfang Mai die Unterlagen mit der Post und können per Brief abstimmen. Als Entscheidungshilfe liegt eine Infobroschüre bei, in der die Ratsfraktionen ihre wichtigsten Argumente für oder gegen den Bürgerentscheid darstellen.

Das Bürgerbegehren stellt inhaltlich die folgende Frage:
„Soll sich die Stadt Wuppertal entgegen dem Ratsbeschluss vom 16.11.2021 nicht für die Bundesgartenschau 2031 bewerben?“

JA **DIE LINKE im Rat fordert die Wuppertaler*innen auf, auf diese Frage mit JA zu stimmen.**

Die Stadtverordneten der LINKEN im Rat bei der Unterschriftenübergabe an den Oberbürgermeister.

Wer diese BuGa nicht will, muss mit JA stimmen! JA

Seit 2017 wird versucht, den Wuppertaler Westen zum Austragungsort einer Bundesgartenschau zu machen. Planungsgrundlage ist die Machbarkeitsstudie von 2018. Das Konzept hat viele Fragen aufgeworfen: zu Verkehr und Parkplätzen, zu Umweltschutz und Klimabelastung, und vor allem zur Finanzierung des Eigenanteils von 70 Millionen Euro in unserer sehr armen Kommune.
Auf diese Einwände wurde nicht ernsthaft eingegangen, sie wurden einfach zur Seite gewischt oder mit Tricks wie greenwashing beantwortet. Die Bewerbung zur BuGa 2031 wurde im Stadtrat am 16. November 2021 von SPD, FDP, Grünen und CDU beschlossen.

Der Antrag der LINKEN alle Wuppertaler*innen über die Bewerbung in einem Ratsbürgerbescheid abstimmen zu lassen, wurde von einer ganz großen Koalition aus SPD, CDU, Grüne und FDP abgelehnt. Ihr Bekenntnis zur Bürgerbeteiligung ist also ein bloßes Lippenbekenntnis! Die Bürgerinitiative ***Buga so nicht!*** wollte dies nicht einfach hinnehmen und hat ein Bürgerbegehren begonnen, damit alle Wuppertaler*innen über diese große Entscheidung bestimmen können. Das ist direkte Demokratie!

Es war ein langer Weg für die Bürgerinitiative mit vielen Hindernissen für die Sammlung und Anerkennung von 10630 notwendigen Unterschriften: Pandemie, Weihnachtfeiertage und Winter, Verweigerung der Fristverlängerung trotz der Rekordzahlen an Covid-Neuansteckungen, und hinterher weitere Rechtsgutachten, die die Rechtmäßigkeit des Bürgerbegehrens infrage stellen sollten.

Trotz allem konnten weit über 14000 Unterschriften gesammelt werden, per Post, an Sammelstellen und vor allem auf der Straße in ganz Wuppertal. DIE LINKE hat sich mit ihrer ganzen Kraft beteiligt. **Herzlichen Dank an die vielen, vielen Bürger*innen!**

Die Machbarkeitsstudie (und die aktualisierte Machbarkeitsstudie 2021) schlägt für den Wuppertaler Westen vor: Stahlhängebrücke zwischen Kaiser- und Königshöhe, Seilbahn, Freilichtbühne ... Das wäre die Zerstörung des alten Buchenwaldes mit allen Konsequenzen. Der Umwelt und dem Klima wird massiv geschadet mit dieser BuGa, da hilft kein greenwashing.

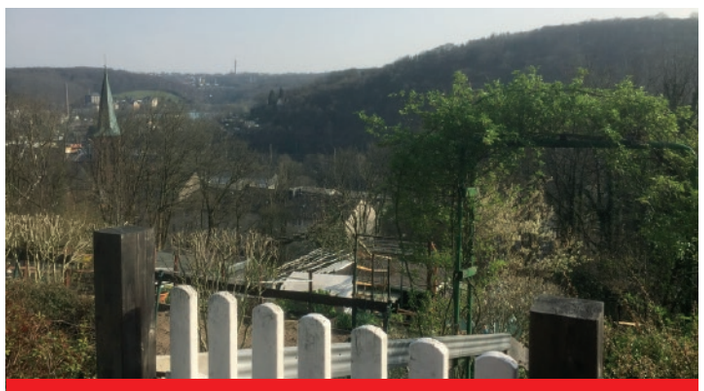
JA zum Bürgerbegehren! JA

Mit Ihrer Stimme können sie den Ratsbeschluss aus dem vergangenen Jahr aufheben. Mit einem „Ja“ verhindern Sie die Bewerbung zur BuGa auf Grundlage der Machbarkeitsstudie. Und nur um die geht es! **Die BuGa ist ein Projekt, das Auswirkungen auf die gesamte Stadt hat.** Besonders, da die finanziellen Konsequenzen für alle Bürger*innen spürbar werden. Für die Ausrichtung der BuGa muss die Stadt laut Machbarkeitsstudie 71 Mio. Euro investieren. Das ist der Stand aus dem letzten Jahr. Aber jede/r weiß, dass Bauprojekte immer teurer werden als geplant.

Bereits im November 2021 warnte der Kämmerer vor den Gefahren, die eine BuGa-Bewerbung für den städtischen Haushalt bedeutet. Im Haushaltentwurf 2022/23 wurden deshalb auch die entstehenden Kosten nicht eingeplant. Mittlerweile hat sich die finanzielle Lage der Stadt deutlich verschlechtert. Die explosionsartigen Kostensteigerungen bei Energie- und Baukosten sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Weitere finanzielle Belastungen durch geringere Gewerbesteuereinnahmen und noch weiter steigende Energiekosten wegen des Kriegs in der Ukraine sind zu erwarten. In unserer Stadt fehlen bereits jetzt die finanziellen Mittel, um der seit Jahren wachsenden Armut entgegen zu treten. Hilfs- und Unterstützungsangebote können nicht ausgebaut werden. In der Verwaltung fehlt Personal, der Service für die Bürger*innen lässt oft zu wünschen übrig.

Hauptattraktionen sollen die Hängeseilbrücke und die Seilbahn auf die Königshöhe werden. Enorme Kosten von 15 Mio. Euro fallen allein für diese Brücke an, obwohl sie kein Verkehrsweg ist. Ohne den umweltschädlichen Brückenbau verliert auch die Seilbahn ihren Sinn. Sinnlose Spielereien sollen gebaut werden, während Straßen, Brücken, Treppen schon heute wegen fehlender Haushaltsmittel nicht mehr instandgesetzt werden können.

Die Machbarkeitsstudie ist die Grundlage der Bewerbung. Das Konzept kann nicht nach Wünschen aus der Bevölkerung geändert werden. Zusätzliche Vorschläge müssen extra finanziert werden und sind nicht Teil des geplanten Budgets von 71 Millionen Euro. Die nun flugs vorgestellten Alternativen dienen nur dem Zweck, das Bürgerbegehren auszuhebeln.



Die Kleingartenanlage am Nützenberg würde von der Hängeseilbrücke überspannt.

JA **Lassen Sie sich nicht täuschen und stimmen Sie mit JA.**

Nein zum Krieg, nein zum Völkerrechtsbruch durch Russland, für Deeskalation und Abrüstung

Putins Truppen greifen die Ukraine an. DIE LINKE im Rat stellt sich gegen diesen Angriff und beteiligt sich an der gemeinsamen Resolution:

Krieg in der Ukraine beenden

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE und Freie Wähler beantragen, der Rat der Stadt Wuppertal möge beschließen:

Vor dem Hintergrund der territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit der Staaten verurteilt der Rat der Stadt Wuppertal den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Schärfste.

Wir erklären uns solidarisch mit allen in der Ukraine und darüber hinaus von diesem Krieg betroffenen Menschen.

Der Rat der Stadt erklärt sich mit den Menschen in Russland solidarisch, die trotz der Gefahren an Leib und Leben gegen den Krieg in der Ukraine demonstrieren.

Der Rat unterstützt die Forderungen, den vor dem Krieg aus der Ukraine fliehenden Menschen sichere Fluchtwege zu ermöglichen.

Der Rat unterstützt das Vorhaben der Stadtverwaltung, zusätzliche Aufnahmekapazitäten für Geflüchtete und die Finanzierung dieser Kapazitäten möglich zu machen.

Der Rat dankt den Bürgerinnen und Bürgern in Wuppertal für die Solidarität, die unbürokratische und schnelle Hilfe und das vielfältige ehrenamtliche Engagement, um die Not der Menschen in der Ukraine, aber auch der Geflüchteten hier vor Ort, zu lindern und die Menschen in Wuppertal willkommen zu heißen.

Menschen, die aus der Ukraine fliehen, sollen unabhängig davon, ob sie einen ukrainischen Pass haben, unser Engagement und unsere Hilfe erhalten.

Der Rat appelliert an Land und Bund, schnellstmöglich Regelungen zu schaffen, um die Kommunen von den Kosten für die Aufnahme der Kriegsflüchtlinge zu entlasten.

Der Rat begrüßt die Anstrengungen der Bundesregierung, durch welche die Bürgerinnen und Bürger von den angesichts des Krieges in der Ukraine stark steigenden Verbrauchskosten durch geeignete Maßnahmen kurzfristig und spürbar entlastet werden sollen.

Der Rat appelliert an Bund und Land, eine faire Verteilung der Geflüchteten auf die Kommunen vorzunehmen, um im Interesse der Menschen möglichst schnell angemessene und längerfristig nutzbare Unterkünfte zur Verfügung stellen zu können.

Stadt braucht kein drittes Rathaus

Mehrheitlich hat der Rat der Stadt beschlossen, die ehemalige Bundesbahndirektion als sognanntes 3. Rathaus zu mieten. Die Bahndirektion soll durch die Stadt für 30 Jahre angemietet werden, um darin Ämter, Jobcenter und Uni unterzubringen. Dies zu einer Spitzenmiete.

DIE LINKE im Rat bleibt aber dabei:

Die Anmietung der Bundesbahndirektion ist ein Fehler. Der städtische Haushalt ist nicht dazu da, private Fehlinvestitionen zu retten.

DIE LINKE im Rat war von Anfang an gegen dieses Geschäft und hält es auch weiterhin für einen großer Fehler. Für das angebliche Filetstück fand die Clees-Immobiliengruppe keine Mieter für die Factory Outlet Center-Pläne. Ein Umzug an den Döppersberg war schon den Stadtwerken zu teuer.
Bei dem desolaten städtischen Haushalt ist so ein Mietvertrag ein großes Risiko. Dieses Geschäftsmodel hat nur einen Gewinner, die Clees-Immobiliengruppe.

Eine Einmietung in das Gebäude am Döppersberg wird die Stadt teuer zu stehen kommen. Dies hat nun auch die FDP erkannt.

Das angebliche Filetstück fand seit einem Jahrzehnt keine Mieter. Also muss man quasi jeden Preis bezahlen, den der Investor verlangt. Und wir alle wissen, wer der Investor ist. Denn wenn das Gebäude leersteht, wird es verfallen. Kein schöner Anblick, ein vergammelndes Filetstück am Leuchtturm.

Und es bleiben viele Fragen hinsichtlich der Finanzierung offen, auch wenn sich die Stadt auf Recht und Gesetz berufen kann, wenn sie die Antworten der Öffentlichkeit verschweigt:

Wie hoch sind die Nebenkosten? Jede und jeder weiß, dass Mieten steigen, je mehr der Immobilienbesitzer für Modernisierung investiert.

Wie hoch sind die Mieten für die Untervermietungen veranschlagt?

Wie hoch sind die Unterhaltungskosten für das GMW?

Wie ist die Bedeutung von einem „marktüblicher Mietpreis“ für modernen Büroraum? Von welchen Vergleichsobjekten wird ausgegangen? Wir kennnen kein Objekt in vergleichbarer Größe.

Wir haben Informationen, dass die Mieten in der Rathausgalerie um ca. 5 Euro pro Quadratmeter niedriger sind als die in der Bahnhofsdirektion vereinbarten!

Die Stadt ist bereit für die Bahnhofsdirektion einen absoluten Spitzenmietpreis zu zahlen und das für einen Zeitraum für 30 Jahren.

Dieses Geschäftsmodell kennt nur einen Gewinner, nämlich die Clees-Immobiliengruppe.

DIE LINKE bleibt dabei: Wir brauchen kein teures 3. Rathaus und hat deshalb mit **NEIN** gestimmt.

Lasst die Menschen in Wuppertal zu Leuchttürmen werden!

Die **Freie Wohlfahrtspflege** ist eine Säule des Sozialstaates der Bundesrepublik Deutschland und auch hier in Wuppertal.

Hauptmerkmale in ihrer Tätigkeit sind **Unabhängigkeit und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den öffentlichen Sozialleistungsträgern**, mit dem Ziel einer sinnvollen und wirksamen Ergänzung von sozialen Angeboten zum Wohle der Hilfesuchenden.

Ohne die vielfältige Arbeit der Wohlfahrtsverbände könnte unser Sozialstaat nicht aufrechterhalten werden. Die Wohlfahrtspflege begleitet uns Tag und Nacht in:

- **Frauenberatungsstellen**
- **Migrationsdienste**
- **Frauenwohnprojekt/-notübernachtung**
- **Arbeitslosenhilfe**
- **Suchtberatungsstelle**
- **Schulsozialarbeit**
- **Schulen**
- **Allgemeine Sozialberatung**
- **Kindertagesstätten (Trägereigenanteile!)**
- **Beratungsstellenarbeit und übernehmen viele Freiwillige aber auch Pflichtaufgaben des Staates.**

Gleichzeitig sind die freien Wohlfahrtsverbände eine der größten ArbeitgeberInnen in unserer Stadt.

Wuppertal ist eine arme Stadt, in der viele arme Menschen wohnen. Das ist ein großes Problem.

Städtische Mittel zur Unterstützung der Freien Wohlfahrtspflege sind deshalb gut angelegt, da diese auch eigene Mittel einsetzen, um vielfältige soziale Aufgaben zu erfüllen.

Die sechs Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in Wuppertal beantragen daher – anstelle einer 3,5-prozentigen Dynamisierung – nun eine 5-prozentige Dynamisierung ihrer jährlichen Zuschüsse.

Diese Forderung unterstützt Die Fraktion DIE LINKE ausdrücklich und verlangt, dass die Menschen in Wuppertal zu Leuchttürmen werden. Leuchttürme aus Steinen haben wir schon genug!

Städtischer Haushalt unter Druck

Kein geeigneter Zeitpunkt, um sich vom Kämmerer zu trennen

Ruhestand für Slawig

Im letzten Jahr waren CDU, Grüne und der Oberbürgermeister noch für die Verlängerung der Amtszeit des Kämmerers. Plötzlich änderte der OB seine Meinung, will in diesem Jahr die Verwaltungsspitze umbauen und den Kämmerer loswerden. Eine Prüfung hat ergeben, dass eine Verlängerung rechtlich nicht möglich ist. Zum Herbst wird der Kämmerer nun in den Ruhestand gehen.

Es ist unverständlich, warum CDU und Grüne nicht schon im vergangenen Jahr für Rechtssicherheit gesorgt haben. Dies werfen wir auch der Verwaltung vor. Nun ist die Zeit extrem kurz, um eine neue Kämmer*in zu finden. Zumal seine Aufgaben nun auf zwei Dezernentenposten verteilt werden sollen, damit auch die FDP einen erhalten kann, die bislang nicht im Verwaltungsvorstand vertreten war. Dies alles vor dem Hintergrund, dass sich die Haushaltsberatungen 22/23 so schwierig wie noch nie gestalten. Der Haushaltsentwurf musste wegen stark gestiegener Energie- und Baukosten mehrmals angepasst werden.

Das Gebäudemanagement Wuppertal (GMW) meldete Kostensteigerungen für Energie von 14 Mio. Euro an. Für die Renovierung der Realschule Leimbacherstr. verdoppelten sich die Kosten auf rund 24,5 Mio. Euro. Auch für das Ausweichquartier des Johannes-Rau-Gymnasiums auf der Hardt wird um 8,2 Mio. Euro teurer.

Die Mehrbelastungen wegen des Angriffskriegs auf die Ukraine konnten noch nicht erfasst werden und deshalb kann der Haushalt 22/23 erst im September verabschiedet werden.

Pallas Athene eingelagert

Die Ratsfraktion DIE LINKE beantragte eine vorübergehende Einlagerung von Arno Brekers Pallas Athene nach ihrer Rückkehr aus der Berliner Ausstellung über Künstler im „Dritten Reich. In der Sitzung des Kulturausschusses gab der Kulturdezernent bekannt, dass die Statue von der Ausstellung in Berlin zurück ist und nun eingelagert bleibt, bis der Wettbewerb für die künstlerische kritische Kommentierung der Breker Statue abgeschlossen ist. Die von der LINKEN geforderte Kommentierung wird nun vom Land mit 250.000 Euro fördert.

Seit 1957 stand die Pallas Athene, die von Arno Breker geschaffene Statue der griechischen Kriegsgöttin unumstritten vor dem Wilhelm-Dörpfeld Gymnasium in Elberfeld.

Arno Breker, 1900 in Elberfeld geboren, avancierte zu einem der angesehensten und vom System hofierten und protegierten bildenden Künstler des Nationalsozialismus. Seit 1944 stand sein Name auf der Liste **„gottbegnadeter Künstler“**.

Eine Reparatur der vom Sockel gestürzten Statue führte Anfang der 2000er Jahre zu einer öffentlichen Debatte um deren Wiederaufstellung und zu einem allmählichen Bewußtseinswandel in der Schulgemeinschaft. Die Pallas Athene wurde trotzdem wieder aufgestellt. Auf einer Tafel ordnete die Schule das Werk ein und distanzierte sich vom NS-Künstler. Im Zuge der Sanierung des Gymnasiums seit 2018 gewann auch die Debatte um die Statue wieder an Dynamik. Die Schule beantragte, dass die Pallas Athene nicht wieder aufgestellt werden solle, was die Stadtverwaltung ablehnte. Sich von belasteter Kunst durch Entfernung zu befreien, kann als geschichtsvergessener Akt fehlinterpretiert werden.

Wiederaufstellung erst nach künstlerischer Kommentierung

DIE LINKE im Rat unterstützte den Vorschlag der Ministerin Pfeiffer-Poensgen und beantragte einen NRW weiten Wettbewerb für eine kritische künstlerische Kommentierung des Standbildes vor dessen Wiedererrichtung.

Eine Jury, in der auch Elternvertreter*innen und Verterter*innen aus der Schülerschaft des Dörpfeld-Gymnasiums sitzen werden, soll darüber entscheiden, welcher Wettbewerbsbeitrag dauerhaft die symbolische und erinnerungskulturelle Aufladung der Pallas Athene irritieren und dekonstruieren soll.

Veränderung fängt in der Lokalpolitik an

LiR: ***Liebe Yasmina, lieber Furkan, Ihr habt Euch für ein Schüler*innenpraktikum bei der LINKEN-Fraktion entschieden. Woher kommt Euer Interesse an der Lokalpolitik?***

Yasmina

Yasmina: *Wenn man sich das Umfeld genauer anschaut, merkt man, dass vieles noch nicht ganz so läuft, wie es eigentlich sollte und man merkt auch wie wenig/viel es Politiker*Innen wichtig ist, dies zu ändern. Ich bin irgendwann mal zu Schluss gekommen, dass wir Normalbürger*innen anfangen sollten, aus Eigeninitiative zu handeln, denn am Ende des Tages sind wir diejenigen, die sich am Meisten für uns selbst interessieren.*

Furkan: *Politik ist nun mal das beste Instrument, um Veränderung herbeizuführen, da jeder von ihr betroffen ist und jeder an ihr mitwirken kann. Die Veränderung fängt eben in der Lokalpolitik an. Ich ziehe außerdem eine politische Laufbahn in Betracht und bin als gewähltes Mitglied im Wuppertaler Jugendrat auch schon eingebunden in die Lokalpolitik, in die ich mit diesem Praktikum mehr Einblick erhalten konnte und in der ich mich sogar weiter engagieren konnte. Interesse an Lokalpolitik, aber auch Politik auf Bundesebene ist eigentlich für Jedermann Pflichtsache, da sie uns alle etwas angeht. Jeder will schließlich, dass bestehende Probleme gelöst werden und Sachen, mit denen man unzufrieden ist sich zum Besseren ändern.*

LiR: ***In welchen Bereichen seid Ihr direkt von Entscheidungen des Stadtrats betroffen?***

Furkan

Furkan: *Vor allem im Bereich Schule und Bildung. Kürzlich ist beispielsweise die erneute Forderung nach einer dauerhaften Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit aufgekommen, die uns im täglichen Schulleben direkt betrifft. Aktuell sind wir natürlich bezüglich der Corona-Politik und Digitalisierung betroffen.*

Yasmina: *Jugendliche sind meines Erachtens nach, die, die am meisten unter Entscheidungen des Stadtrates leiden könnten. Meine Freizeit könnte sich durch positive Unterstützung des Stadtrats erheblich verbessern, wenn diese beispielsweise genug Projekte und Jugendtreffs, einfache kleine Veranstaltungen, für junge Menschen wie mich organisieren würden. Und vergessen wir nicht, dass Entscheidungen des Stadtrats, wenn auch nur eingeschränkt, mich schulisch direkt betreffen könnten.*

LiR: ***Was denkt Ihr, was müsste in Wuppertal geschehen, damit Stadt für Euch als Jugendliche lebenswert ist?***

Yasmina: *Wie schon angedeutet, wäre es schön, wenn es mehr Jugendtreffpunkte geben würde. Bis dahin müssen wir uns mit dem Hauptbahnhof, Kinderspielplätzen (wo wir uns, den Schildern nach, auch gar nicht befinden dürfen, wenn wir älter sind als 12/13), der Trasse und willkürliche Parkplätze begnügen um zu „chillen“, anstatt sichere, praktische und schöne Plätze zu haben.*

Furkan: *Eine nachhaltigere Politik und weniger Menschen, die sich gegen diese stemmen, würden der Stadt schon ganz anderes Image verpassen. Außerdem weniger Angsträume und mehr Sitzgelegenheiten. Die Stadt ist zwar nicht hässlich, könnte aber durch simple Maßnahmen deutlich verschönert werden.*

LiR: ***Gibt es genug Angebote z.B. Jugendtreffs?***

Furkan: *Es gibt recht viele Angebote für Jugendliche so dass für jeden etwas dabei ist, um seine Freizeit besser zu gestalten und individuell anzupassen.*

Yasmina: *Keine, die uns auch erreichen. Die ein oder anderen würden vielleicht protestieren „Aber es gibt doch das ... !“ „Es gibt doch jenes ... !“ aber wann wurde uns denn auch deutlich gesagt wo es wann was gibt? Klar, es gibt vielleicht Flyer und wenn es eine ganz große Aktion ist, dann gibt es die vielleicht sogar in der Schule. Welcher Teenager liest aber heutzutage bitte Flyer???? Dafür gibt es doch das Internet!*

LiR: ***Das vierzehntägige Praktikum geht nun dem Ende zu. Welche Erfahrungen mit der Lokalpolitik habt ihr gemacht?***

Yasmina: *Ich durfte die Erfahrung machen, dass es auch da nicht perfekt ist. Ich habe gemerkt, dass Politiker*innen manchmal vergessen zu scheinen, dass ihre Entscheidung mehr als nur ihr Leben beeinflussen, sondern auch das Leben junger Menschen. Die Argumente gegen den Klimanotstand beispielsweise, haben aktiv gezeigt, dass manche einfach nicht an uns denken. Es war schön zu sehen, dass auch die Mitglieder*innen der Linken die Werte, für die eine linke Partei steht, voll und ganz vertreten und für ihren Job brennen!*

Furkan: *Ich habe gelernt, dass man wirklich immer die richtigen Formulierungen bei einem Redebeitrag finden muss, damit man auch ja nicht von einem anderen Ausschussmitglied bemängelt werden kann. Es geht sehr strategisch vor bei den Ratsmitgliedern. So ist man immer darauf bedacht, wessen Antrag man unterstützen will und gegen welchen man ist, nur weil ihn eine bestimmte Partei vorgebracht hat. Hinter vorgespielter Höflichkeit verbirgt sich oftmals nur ein Mittel zum Zweck und kaum einer sagt direkt, was er sagen will. Hinter den Saaltüren geht es manchmal zu, wie auf einem Schlachtfeld: Verschiedenste Ansichten und Ambitionen kämpfen um die Vorherrschaft, aber genau das ist es was zeigt, dass man wirklich etwas verändern kann. Es ist möglich für jeden von uns.*

DIE LINKE im Rat: ***Wir bedanken uns für die interessanten Antworten.***

Das vollständige Interview: www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de/aktuelles/

Osterholz
Der Kampf geht weiter

Die Wuppertaler LINKE verurteilt die gewaltsame Räumung und Rodung im Osterholz auf das Schärfste.

Hier wurde über 5 ha alten Buchenwaldes für eine Abraumhalde vernichtet – ein unersetzlicher CO2-Speicher, ein Biotop für bedrohte Arten, eine grüne Lunge und beliebtes Naherholungsgebiet nicht nur für die Vohwinkler Bevölkerung.

Angesichts des nicht zu leugnenden Klimawandels ist die Rodung im Osterholz durch nichts zu rechtfertigen und passt nicht in unsere Zeit. Hier rangiert wieder einmal das Profitinteresse eines Privatunternehmens vor dem Interesse der Allgemeinheit an Klima- und Umweltschutz. Der gerodete Wald ist eine klaffende Wunde in einer jetzt schon vom Kalkabbau verwüsteten Landschaft. Dieser Raubbau an der Natur muss ein Ende haben!

DIE LINKE unterstützt als Einzige die Bürgerinitiative (BI) **„Osterholz bleibt!“** von Beginn an und haben dafür gesorgt, dass dieses Thema immer wieder Gegenstand im Rat und der Bezirksvertretung war und ist. Darauf sind wir stolz. Wir konnten in der ganzen Zeit erleben, wie die Bewegung der Rodungsgegner*innen immer größer, bunter und vielfältiger wurde.
Auf Initiative der LINKE hin ist in der Bezirksvertretungs-Sitzung vom Januar endlich eine gemeinsame Grundsatzerklärung von SPD, Grünen und LINKE mit deutlicher Mehrheit verabschiedet worden in der die Rodung eines Teils des Osterholzes verurteilt wird, die Bedeutung des Waldes für Klima, Umwelt und Naherholung betont wird und die Absicht bekundet wird – das ist entscheidend! – alles dafür zu tun, künftig weitere großflächige Rodungen im Osterholz zu verhindern.

Diese Erklärung ist grundlegend und richtungsweisend! Der gemeinsame Antrag der drei Parteien auf der BV-Sitzung im März, keine weiteren Gebiete mehr zum Kalkabbau auszuweisen, macht diese Grundsatzerklärung konkret ist ihre logische politische Konsequenz. Der mehrheitlich angenommene Antrag sagt klar aus, dass die Bezirksvertretung (BV) keine weiteren Rodungen im Osterholz wünscht und mit ihren Mitteln auch in Zukunft gegen solche opponieren wird.

Für die Firma Oetelshofen ist die Rodung ein Pyrrhus-Sieg. Seitdem für die Öffentlichkeit sichtbar und erfahrbar geworden ist, dass der alte Buchenwald unwiederbringlich weg ist, die Landschaft verwüstet und eine baumlose Steppe entstanden ist, ist im Ort deutlich spürbar die Stimmung gekippt und das Image der Firma Oetelshofen und der Familie Iseke ramponiert.

Die geplante Haldenerweiterung ist nach Stand der Dinge spätestens Mitte der 30er Jahre zu Ende gebaut. Die Firma. Oetelshofen muss sich also schon jetzt Gedanken über ein neues Planfeststellungsverfahren zur Erweiterung des Kalkabbaus machen. Sie wird dabei auf einen wesentlich gewachsenen Widerstand treffen: Die BI macht nämlich weiter und das politische Klima in der BV hat sich grundsätzlich geändert, hin zum Vorrang für den Klima- und Umweltschutz. Der Kampf ums Osterholz ist nicht zu Ende.

Osterholz bleibt!

→»» Hinweis: Die Waldspaziergänge am ersten Sonntag im Monat gehen weiter.

Bürgerantrag von Fridays for Future

Durch Starkregen und Dürre – der lange Weg zum Klimanotstand

Bisher hat es die Mehrheit im Wuppertaler Rat nicht für nötig befunden, den Klimanotstand auszurufen. Anders als in Münster, das schon mehr als einen Umwelt- und Klimapreis bekommen hat, hielten es in Wuppertal am Anfang noch nicht einmal die Grünen für nötig, den Klimanotstand festzustellen, da man dies für reine Symbolpolitik hielt.

Dies war die Situation vor 3 Jahren. Und noch immer tut sich die Ratsmehrheit schwer damit, den Klimanotstand auszurufen. In der vergangenen Ratsperiode brüskierte der Hauptausschuss die Aktivist*innen von Fridays for Future (FFF), als dessen Mehrheit, trotz Empfehlung des Umweltausschusses zur Annahme des Bürgerantrags, diesen ablehnte. Die zuvor im Umweltausschuss ausgehandelten Kompromissformulierungen waren also wertlos.

Klimanotstand auch in Wuppertal ausgerufen

DIE LINKE im Rat dankt den Aktivist*innen von Fridays for Future und ihren Unterstützer*innen, die den Antrag erneut eingebracht zu haben. Dieser wurde nun mit SPD und LINKEn abgestimmt.

Gegen den erbitterten Widerstand von CDU und FDP, die partout keinen Klimanotstand ausrufen wollten, hat der Hauptausschuss sich nur mit knapper Mehrheit für die Ausrufung des Klimanotstands entschieden. Das Abstimmungsergebnis war knapp und zeigte, dass es im Kernbündnis von CDU und Grünen keine Einigkeit in dieser zentralen ökologischen Frage gibt.

Zu wenig Sitzmöglichkeiten – Ohne Verzehrzwang

Wenn man in der Elberfelder Innenstadt nach einem Einkauf, Arztbesuch, oder Besorgungen, ein wenig auszuruhen möchte, sucht man hier vergeblich nach Sitzmöglichkeiten.

Die einzige Bank in der Herzogstraße, Richtung Wall, ist zudem aus Metall mit einer dunklen Lackierung versehen. Im Sommer könnte es von daher für den Allerwertesten ungemütlich werden.

Kirsten Gerhards, Vertreterin der Ratsfraktion DIE LINKE im Seniorenbeirat Wuppertal, fordert von daher, ausreichende Sitzmöglichkeiten für unsere Senior*innen, Menschen mit Beeinträchtigungen, sowie alle anderen Bürger*innen anzubringen. Zudem sollte Wuppertal allen Menschen eine Teilhabe gewährleisten. Hierzu gehören auch Sitzmöglichkeiten in unserer Innenstadt. Zudem gibt es in Wuppertal viele Menschen, denen es finanziell nicht gut geht, sodass sie weder in Cafés, oder Restaurants einkehren können. Ein schattiger Sitzplatz, um kurz zu verschnaufen, wäre hier genau richtig. Dies wäre ein kleiner Beitrag zur Teilhabe.

Wo bleibt die versprochene „Goldene Bank“?

DIE LINKE.
Kreisverband Wuppertal

Der rote Faden

Anzeige

Ausgabe Nr. 54 | April 2022

KAI MERKEL

EMEL KÖSE

TILL SÖRENSEN-SIEBEL

NRW BRAUCHT
SOZIALE GERECHTIGKEIT!

DIE LINKE.

SOZIAL!
ÖKOLOGISCH!
LINKS!

UNSERE KANDIDATEN:

SO. 15.05.2022
NRW-LANDTAGSWAHL

kreisverband@dielinke-wuppertal.de
www.die-linke-wuppertal.de